

Europas traurige Entwicklung: Von Frieden und Wohlstand zu Krieg und Mangel?

Eine Union, die einst Wohlstand und Frieden versprach, entwickelt sich zu einer Festung der Angst und sozialen Unsicherheit.



12. August 2025 | José Ricardo Martins

Einst ein Leuchtturm des Friedens und des Wohlstands, schreitet die Europäische Union nun in eine neue Ära der Militarisierung und Knappheit voran. Hinter der Rhetorik der Sicherheit verbirgt sich ein Projekt, das zunehmend von US-amerikanischem Druck, Verteidigungsausgaben und einem stillen Verrat an seinen Bürgern geprägt ist.

Sieben Jahrzehnte lang wurde das europäische Projekt als Leuchtturm des Friedens, des Wohlstands und der sozialen Wohlfahrt präsentiert. Entstanden aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs, entwickelte sich die EU zu einem Mechanismus, der ehemalige Feinde durch Handel, gemeinsame Institutionen und das Versprechen verband, dass wirtschaftliche Verflechtung künftige Kriege verhindern würde. Während eines Großteils ihrer Geschichte traf diese Darstellung zu: Die EU verkörperte die Idee, dass Europa sich als moralische Gemeinschaft neu erfinden könnte, verankert in sozialen Rechten und kollektiver Sicherheit.

Heute ist dieses Bild verblasst. Europa rüstet in einem seit dem Kalten Krieg nicht mehr gesehenen Ausmaß auf. Das einst so stolze Sozialmodell der EU wird stillschweigend auf dem Altar der Militarisierung geopfert, da die Mitgliedstaaten erwägen, bis zu 5 Prozent ihres BIP für Verteidigungsausgaben aufzuwenden. Diese Transformation wird nicht von einer souveränen europäischen strategischen Vision vorangetrieben, sondern vielmehr von externem Druck, vor allem aus den USA, deren militärisch-industrieller Komplex am meisten davon profitieren wird.

Vom Friedensprojekt zur Kriegswirtschaft

Die Verwandlung der EU in ein Projekt, das Kritiker als „Kriegs- und Knappheitsprojekt“ bezeichnen, zeigt sich sowohl in der Politik als auch in der Rhetorik.

Anstatt eine unabhängige Sicherheitsdoktrin zu formulieren, scheinen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs zunehmend den Prioritäten Washingtons unterzuordnen. Der neu ernannte NATO-Generalsekretär und ehemalige niederländische Ministerpräsident Mark Rutte ist zum Gesicht dieser Transformation geworden.

Während des sogenannten „Trump-Gipfels“ in Den Haag inszenierte Rutte eine Veranstaltung, bei der es weniger um Strategie als vielmehr um die Beschwichtigung von US-Präsident Donald Trump ging. Rote Teppiche und zeremonielle Abendessen ersetzen substanzielle Debatten. Kritiker bemerken, dass der Gipfel nur durch die Vermeidung schwieriger Fragen, wie beispielsweise die langfristigen Folgen der Eskalation des Konflikts in der Ukraine oder die Machbarkeit eines Verteidigungsausgabenziels von 5 Prozent, Einheit vorgaukelte.

Rutte wiederholte sogar unbestätigte Geheimdienstinformationen, wonach Russland ein NATO-Mitglied angreifen könnte, ohne dafür Beweise vorzulegen – eine Handlung, die einige europäische Beobachter als „gefährliches Theater“ bezeichneten.

Wenn der Chef der NATO zu einem Sprachrohr für spekulative Drohungen wird, um Angst zu verbreiten und das Militarisierungsprojekt für die Bevölkerung schmackhaft zu machen, riskiert das Bündnis, seine Glaubwürdigkeit zu verlieren und den Eindruck zu verstärken, dass Europa weniger ein souveräner Akteur als vielmehr ein Vasall der US-Macht ist.

Die Kosten der Militarisierung

Das Bestreben, die Verteidigungsausgaben auf 5 Prozent des BIP anzuheben, hat tiefgreifende Auswirkungen auf die europäischen Gesellschaften. Der bulgarische EU-Abgeordnete Petar Volgin warnte in einem [Interview](#), dass eine solche Politik weder die Sicherheit erhöhen noch die Stabilität fördern würde. Die Geschichte zeigt, dass die Anhäufung von Waffen oft eher zu einer Eskalation der Risiken führt, als dass sie Konflikte verhindert. Volgin zitierte Anton Tschechows berühmte Maxime: Wenn im ersten Akt eine Pistole an der Wand hängt, wird sie im letzten Akt unweigerlich abgefeuert.

Über die strategischen Risiken hinaus sind die wirtschaftlichen Kompromisse eklatant. Die Umleitung öffentlicher Mittel in die Rüstung wird Investitionen aus sozialen Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Soziales abziehen, die die Grundlage des europäischen Sozialmodells bilden. „Dies wird Europa in ein militarisiertes Monster ohne soziales Mitgefühl verwandeln“, warnte Volgin.

Die Bürger, die mit Kürzungen bei den Dienstleistungen und steigenden Kosten konfrontiert sind, werden den Preis für eine Strategie zahlen, die nach Trumps Entscheidung letztlich der US-Rüstungsindustrie weit mehr nützt als der europäischen Sicherheit.

Russophobie und die Kriegslogik

Hinter dieser Veränderung steht etwas, das man als [institutionalisierte Russophobie](#) bezeichnen kann. Russophobie ist nicht mehr nur eine Frage der öffentlichen Meinung, sondern eine strukturierte Ideologie, die Politik, Medienberichterstattung und diplomatische Strategien prägt. Zwar ist der russische Angriff in der Ukraine real, doch die strategische Reaktion der EU wurde durch die Brille einer historischen Russophobie gefiltert, die Pragmatismus oft durch Emotionen und Vorurteile ersetzt.

Seit Jahrhunderten ist Russland sowohl Teil von Europa als auch davon getrennt, hat einen tiefgreifenden Beitrag zu dessen Literatur, Musik und intellektuellem Erbe geleistet, wird jedoch häufig als fremde Zivilisation behandelt.

Der Krieg in der Ukraine bot den europäischen Eliten eine günstige Gelegenheit, latente [Russophobie](#) in Politik umzusetzen. Anstatt ein ausgewogenes Sicherheitskonzept zu verfolgen, das Russland letztendlich in eine stabile europäische Ordnung integrieren könnte, hat die EU auf Konfrontation, Sanktionen und Militarisierung gesetzt.

Dieser Ansatz birgt eine tiefe Ironie: Eine Union, die aus der Entschlossenheit entstanden ist, die Feindseligkeiten der Vergangenheit zu überwinden, vertieft nun neue Konfliktlinien auf dem Kontinent. Forderungen nach Diplomatie, Dialog oder einem umfassenderen europäischen Friedensprojekt, das sozial und moralisch und nicht nur militärisch ausgerichtet ist, wurden marginalisiert oder als naiv abgetan.

Demokratische Entfremdung und strategische Abwanderung

Der vielleicht beunruhigendste Aspekt der neuen Entwicklung in Europa ist die wachsende Kluft zwischen der politischen Klasse und den Bürgern. [Umfragen](#), die im ersten Jahr des Ukraine-Krieges durchgeführt wurden, zeigten, dass über 70 Prozent der Europäer einen ausgehandelten Frieden einer unbegrenzten Verlängerung des Konflikts vorziehen würden. Im EU-Parlament lehnten jedoch 80 Prozent der Abgeordneten Änderungsanträge ab, die zu diplomatischen Bemühungen aufriefen, und nur 5 Prozent stimmten dafür.

Diese Dissonanz spiegelt eine strukturelle Krise wider: Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU wird zunehmend nicht mehr durch demokratische Debatten geprägt, sondern durch Lobbyisten, bürokratische Trägheit und transatlantischen Druck.

Der Wandel von einem wohlfahrtsorientierten Projekt zu einer kriegsorientierten Agenda erfolgte ohne nennenswerte Zustimmung der Öffentlichkeit. Wie [Clare Daly und Mick Wallace](#), ehemalige irische Europaabgeordnete, argumentiert haben, ist die „liberale Maske der EU gefallen“ und hat eine politische Architektur offenbart, die Geopolitik über Menschen stellt.

Krieg und Knappheit: ein Teufelskreis

Die wirtschaftlichen Folgen dieser Transformation sind bereits sichtbar. Die Sanktionen gegen Russland sind zwar politisch symbolisch, haben aber zu Energiekrise, Inflation und einem Rückgang der Industrieproduktion beigetragen, insbesondere in Ländern wie Deutschland und Italien. Gleichzeitig zahlen die EU-Staaten weitaus höhere Preise für amerikanisches Flüssigerdgas (LNG) und in den USA hergestellte Waffen, wodurch sie effektiv Wohlstand über den Atlantik transferieren, während ihre eigene Bevölkerung mit steigenden Kosten und stagnierenden Löhnen konfrontiert ist.

Das ist der Kern der Verknappung in Europa: Durch die Einführung einer Kriegswirtschaft opfert die EU ihr Sozialmodell, untergräbt die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und schürt die Unzufriedenheit im Inland und den Aufstieg rechtsextremer Parteien. Anstatt Stabilität zu vermitteln, importiert sie wirtschaftliche, politische und soziale Instabilität.

Die Frage nach dem Zweck

Die EU befindet sich derzeit an einem entscheidenden Punkt ihrer Entwicklung. Wenn ihr Zweck darin besteht, ein untergeordneter Militärblock innerhalb eines von den [USA geführten „Großwes-tens“](#) zu sein, könnte sie dies auf Kosten ihrer ursprünglichen Identität als Friedens- und Wohlfahrtsprojekt erreichen.

Wenn Europa jedoch seine strategische Autonomie und moralische Glaubwürdigkeit zurückgewinnen will – die durch sein Versäumnis, den Völkermord in Gaza zu verurteilen, beschädigt wurde –, muss es sich unangenehmen Fragen stellen: Kann sich Europa [Sicherheit jenseits der Logik der Militarisierung](#) und Vasallenschaft vorstellen? Versucht Europa lediglich, Zeit zu gewinnen, indem es auf eine Nicht-Trump-Regierung wartet und gleichzeitig seine Unterwürfigkeit verstärkt? Wird es ein Friedensprojekt wiederaufbauen, das sich nicht nur mit Abschreckung, sondern auch mit sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Legitimität befasst? Und kann es den moralischen Anspruch wiederentdecken, der es einst zu einem Leuchtturm für eine von Konflikten gezeichnete Welt gemacht hat?

Derzeit scheint der traurige Weg der EU klar zu sein: Eine Union, die einst Wohlstand und Frieden versprach, wird zu einer Festung der Angst und sozialen Unsicherheit, geprägt von Kriegsausgaben, Knappheit und Unterwürfigkeit. Ihren Bürgern wurde eine gemeinsame Zukunft versprochen. Stattdessen erhalten sie eine militarisierte Gegenwart und eine ungewisse Zukunft.